

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: A. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
 vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beträge ober deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Wochenblatt 30 Pf.

Tertiärbahnen.

Der frühere Eisenbahndirektor, jetzige vor-
 tragende Rath im Finanzministerium, Herr v.
 Mühlenfels, hat vor einiger Zeit über die Anlage
 von Bahnen niederster Ordnung, die von ihm
 kurz als Kleinbahnen bezeichnet werden, einen
 längeren Aufsatz veröffentlicht, der in so fern
 allgemeines Interesse verdient, als angenommen
 werden kann, daß dieser Aufsatz, der voraussetzt
 mit Genehmigung des Herrn Finanzministers
 veröffentlicht worden ist, auch dessen Ansichten
 über das Bedürfnis, sowie über die Mittel und
 Wege zur Verwirklichung unserer Eisenbahn-
 netzes wiedergibt.

In dem Aufsatz wird u. A. ausgeführt, daß
 der preussische Staat noch vieler Tausende Kilometer
 neuer Bahnen bedürfe, daß in ihnen noch
 Millionen des Nationalvermögens nutzbringend
 angelegt und die Noth der Landwirtschaft durch
 sie wirksam bekämpft werden könne. Aber dieses
 Ziel müsse auf einem anderen, kürzeren Wege
 erreicht werden, als dem bisher betretenen. Der
 allmählich sich vollziehende vorsichtige Ausbau des
 Staatsbahnnetzes allein könne das Bedürfnis nach
 neuen Bahnen nicht befriedigen. Neben dem
 Staatsbahnwesen müsse sich bei uns in Preußen
 eine neue Eisenbahnwelt bilden, nicht im Gegen-
 satz zu jenem, sondern in innigster Verbindung
 mit ihm zu wechselseitiger Förderung und
 Kräftigung. In Betreff der Bedürfnisfrage
 muß zunächst zugegeben werden, daß während
 im Preußen am 1. April 1890 19,542 Kilometer
 Hauptbahnen und 7,631 Kilometer Nebenbahnen
 im Betriebe waren, die Betriebslänge der dem
 öffentlichen Verkehr dienenden Klein- oder Tertiär-
 bahnen nur auf etwa 800 Kilometer geschätzt
 werden kann, und daß Preußen in der Ent-
 wicklung des Kleinbahnwesens gegen andere
 Länder sehr zurückgeblieben ist. Auch ist hervor-
 zuheben, daß von den 1,143 Stationen des Landes
 mit mehr als 1000 Einwohnern 328 jeder
 Eisenbahnverbindung entbehren, darunter 11
 mit mehr als 5000, 26 mit mehr als 4000 und
 59 mit mehr als 3000 Einwohnern. Aber so
 sehr wir das Bedürfnis für eine Erweiterung
 unseres Eisenbahnnetzes und zwar insbesondere
 durch Anlage von Kleinbahnen anerkennen,
 so halten wir es doch weder für notwendig, noch
 auch für erreichbar, wenn in dem erwähnten
 Aufsatz für jedes Dorf, jedes Gut, jeden Hof, den
 die Bahn berührt, eine Halte- und Ladestelle
 verlangt wird, wenn daraufhin die vorläufig
 erreichbare Ausdehnungsgrenze der Kleinbahnen
 in Preußen gleich der Länge des jetzigen Haupt-
 und Nebenbahnnetzes auf etwa 25,000 Kilometer
 geschätzt, und wenn schließlich angenommen wird,
 daß dieses ungeheure Eisenbahnnetz bei durch-
 schnittlich 25,000 Mark pro Kilometer Ver-
 richtungskosten mit einem Aufwande von 625
 Millionen Mark im Laufe von 10 Jahren herzu-
 stellen sein würde. Dies sind Phantasiegebilde,
 deren Verwirklichung dadurch nicht an Wahr-
 scheinlichkeit gewinnt, daß die durch diese Anlage
 entstehende Ersparnis an Güterbeförderungskosten
 auf 100 Millionen Mark jährlich geschätzt, daß
 bei einem Anlagekapital von nicht mehr als
 25,000 Mark für das Kilometer eine Ertrags-
 rente von über 4 Prozent in Aussicht gestellt
 und als der geeignetste Weg zur Erreichung
 eines möglichst ausgedehnten Netzes von Klein-
 bahnen empfohlen wird, für einzelne Provinzen
 Aktiengesellschaften ins Leben zu rufen, die unter
 Verwaltung der Provinzialverwaltungen stehen und
 den Ausbau der in der Provinz erforderlichen Linien
 nach einem einheitlichen Plan übernehmen. Der
 wichtigsten Frage, der Geldbeschaffung und der
 finanziellen Beteiligung des Staates, geschieht
 keine Erwähnung, es wird nur bemerkt, daß die
 Form der Aktiengesellschaft die geeignetste sei,
 weil sie die freieste Bewegung und vor allem die
 gleichzeitige Beteiligung der verschiedenen Fak-
 toren, insbesondere außer den Provinzen auch der
 interessierten Kreise und Gemeinden, sowie des
 Privatkapitals gestatte. Wir haben zwar wenig
 Hoffnung, daß die vorerwähnten Vorschläge, selbst
 wenn sie die Billigung des Herrn Finanzministers
 gefunden haben sollten, zur Bildung von Aktien-
 gesellschaften unter Oberleitung der Provinzial-
 regierungen anregen werden, immerhin ist der Aufsatz
 des Herrn von Mühlenfels insofern von Interesse,
 als danach die Staatsregierung nimmermehr die
 Ueberzeugung gewonnen zu haben scheint, daß die
 Kleinbahnen, weit entfernt davon, die Staats-
 bahnen durch Verkehrs-Entziehung zu schädigen,
 im Gegentheil deren Verkehr durch Zufuhr kräf-
 tigen und heben werden.

Zunächst dürfte allerdings abzuwarten sein,
 welche Stellung der Herr Eisenbahndirektor zu
 dieser Frage nehmen wird. Die Tertiärbahnvor-
 lage, die dem Kabinete demnächst zugehen soll,
 wird uns darüber aufklären.

E. L. Berlin, 12. März.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetensitzung.

30. Sitzung vom 12. März.

Präsident v. Köhler eröffnet die Sitzung

um 11 Uhr.

Eingegangen sind die Gesetzentwürfe betr.

die Aufhebung der Stempelgebühren in den älteren

Provinzen und in Schleswig-Holstein.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung

der Beratung des Kultusgesetzes und zwar zu-

nächst mit dem an die Budgetkommission zurück-

gewiesenen Titel 5 des Kap. 120 „zur Erfüllung

des Normal-Etats“ für die höheren Lehranstalten

und den dazu gestellten Anträgen.

Die Budgetkommission empfiehlt die unver-

änderte Bewilligung des Titels 5 (1,400,000

Mark) und dadurch den Normal-Etat für erledigt

zu erklären, jedoch mit dem Erlaß, daß die

entsprechende Staatsregierung, nach Maßgabe des

§ 3 Absatz 2 des Normal-Etats auch die über

4 Jahre hinausgehende Tätigkeit als remun-

erierter Hilfslehrer, sowie von der früheren Dienst-

zeit des Leiters einer Anstalt als wissenschaftlicher

Lehrer einen solchen Teil als anerkennung zu er-

klären, daß ihm in seiner Stellung als Leiter

ein gleich hohes Gehalt gewährt werden kann,

wie es ihm zuzubereiten wäre, wenn er in der

Stellung eines wissenschaftlichen Lehrers geblieben

wäre.

Die übrigen zu diesem Titel gestellten An-

träge, darunter auch der Antrag Rickert, welcher

darin ging, den Normal-Etat mit in den ordent-

lichen Etat aufzunehmen, sind von der Kommission

abgelehnt.

Abg. Dr. Schulz-Wechsungen (nl.) ist mit
 dem Vorschlage der Kommission einverstanden,
 verlangt indessen, es möge in einer Resolution
 zum Ausdruck gebracht werden, daß das Haus
 den Normal-Etat nur als eine Abschlagszahlung
 auf die berechtigten Forderungen der Lehrer be-
 trachten könne. Die weiteren Ausführungen des
 Redners bleiben indessen unverändert.

Abg. v. Richter (konf.) glaubt, daß es
 besser sei, die Frage, ob das Haus berech-
 tigt sei, Abänderungen zu dem Normal-
 Etat zu beschließen, heute nicht zum Austrag
 zu bringen, weil die Majorität des Hauses die
 Absicht habe, den Lehrern zu helfen. Die for-
 melle Berechtigung des Hauses, derartige Ab-
 änderungen zu beschließen, wolle er nicht be-
 streiten, indessen fehle dem Finanzminister für
 weitergehende Beschlässe das Geld und der Nor-
 maletat würde dadurch ins Wasser fallen. Des-
 halb berufe er sich auf das vom Abg. Dr. Meyer
 zitierte Wort Schillers „Es ist Zeit, die Uebel-
 stände zu beweinen, wenn sie nahen und erschei-
 nen.“ Die Uebelstände seien noch nicht so nahe
 und werde er mit seinen Freunden für die Vorschläge
 der Budgetkommission stimmen.

Abg. v. Richter (konf.) zieht mit Rücksicht auf
 die gegenwärtige Situation den von ihm gestellten
 Antrag wegen Gleichstellung der Lehrergehälter
 mit den Gehältern der Richter erster Instanz
 zurück, erklärt sich indessen mit dem von der
 national-liberalen Partei gestellten Antrag einver-
 standen, wonach die Verbesserung der Lehrer-
 gehälter mit diesem Normal-Etat noch nicht als
 abgeschlossen zu betrachten und ferner der Normal-
 etat auch für alle nichtstaatlichen höheren Lehr-
 anstalten zur Durchführung zu bringen sei. Die
 von der Regierung hier vorgeschlagenen Ver-
 besserungen erkenne er mit vollem Danke an.

Abg. v. Bülow-Wandstedt (freis.) sym-
 patisiert zwar mit den Anträgen auf weitere
 Aufbesserung der Lehrergehälter, ist aber aus den
 Gründen des Finanzministers gegen die ein-
 schlägigen Anträge, da im Augenblicke ein Hinaus-
 gehen über die für jene Zwecke geforderten Sum-
 men aus finanziellen Gründen nicht möglich sei.

Abg. Richter (freis.) bedauert die Ableh-
 nung seines Antrages seitens der Kommission.
 Minister Miquel verweise zwar auf das Kompta-
 bilitätsgesetz. Aber wenn nun dies wegen

Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Hause
 und der Regierung nicht zu Stande komme??
 Im Hause sei man jedenfalls nicht der Ansicht
 der Regierung, daß der von derselben vorgelegte
 Normal-Etat für die Lehrergehälter nur eine
 „Denkschrift“ sein soll, meine vielmehr, daß der Nor-
 maletat eine bindende Norm für die Verwirklichung
 der Staatsbewilligungen sein solle. Nach Ab-
 lehnung seines Antrages würden die betreffenden
 Etatsposten der Regierung offenbar zu freier Ver-
 fügung gewährt, ohne daß dieselbe unbedingt an
 den Normal-Etat gebunden sei. Er wisse auch
 nicht, harnlos wie er sei, weshalb man sich
 eigentlich so sehr gegen die Festlegung des Normal-
 etats sträube und gegen Abänderungen desselben
 durch das Haus. Minister Camphausen habe

einfach nicht daran gewillt, daß das Haus
 nicht bloß in der Lage sei, Ermäßigungen an den
 einzelnen Positionen vorzunehmen, sondern auch
 Erhöhungen. Und weshalb lehne denn die
 Kommission seinen Antrag ab, ohne zum Wenigsten
 den Versuch zu machen, durch Abänderungs-
 beschlüsse an dem Normal-Etat die Regierung zu
 zwingen. Es wäre doch nicht das erste Mal,
 daß sich die Regierung habe vom Hause über-
 zeugen lassen. Geschehe das in diesem Falle
 nicht, erkläre der Minister in der dritten Lesung,
 etwaige in dieser zweiten Lesung beschlossene
 Abänderungen des Normal-Etats durchaus nicht
 anzunehmen, nun — so werde das Haus un-
 willig den Normal-Etat nicht scheitern lassen,
 sondern die 1,400,000 Mark bewilligen. Aber
 wenigstens sollte man doch versuchen, auf die
 Regierung einzuwirken. Thue man dies nicht,
 so gebe man der Regierung ein einfaches Pausch-
 quantum, das sie verwenden könne, wie sie wolle.

Dabei fehle es dem Kultusminister ohnehin nicht
 an Pauschquantum. Diese noch um 1,400,000
 Mark zu vermehren, gehe nicht an. Das gebe
 doch der Minister selber zu, daß das Haus, wenn
 es bewilligen solle, Bedingungen stellen könne.
 Nun, der Normal-Etat, wie er ihn wolle, sei für
 ihn die Bedingung, ohne welche er nichts ge-
 wahren könne. Zum Wenigsten verlange er eine
 ganz ausdrückliche Erklärung der Regierung, daß
 sie sich für absolut an den Normal-Etat gebunden
 betrachte. Noch eins: für weitere Aufbesserungen
 der Lehrergehälter, sage der Finanzminister, habe
 er kein Geld. Ja, und da verlange man 10
 Millionen für den Dombau. Dringlicher sei
 doch jener Zweck! Er werde jedenfalls für den
 Antrag Dürre und für den Antrag Kersch stimmen.

Schließlich erinnert Redner noch an einen von
 Puttkamer'schen Erlaß, in welchem derselbe alle
 „Zulagen“ gleichsam als Wohlthaten bezeichnet
 habe, welche bei „oppositionellem“ Verhalten der
 Beamten und Lehrer zurückgezogen werden könnten.
 Auch um deswillen gebe es nicht an,
 1 1/2 Millionen der Regierung zur freien Verfü-
 gung zu stellen.

Minister Miquel erwidert, schon gestern
 in der Kommission habe er erklärt, daß es das
 verfassungsmäßige Recht des Hauses, den Antrag
 Rickert anzunehmen, nicht befreite. Irrig sei
 die Auffassung, als ob ohne Annahme dieses An-
 trages die 1,4 Millionen der Regierung als
 Pauschale zu freier Verfügung stünden. Der
 Normal-Etat sei zwar, wie er ihn bezeichnet habe,
 eine Denkschrift. Aber der Normal-Etat bedinge
 doch eine Verpflichtung für die Regierung, ihn
 einzuhalten. Er bedeute ein Uebereinkommen
 zwischen Regierung und Landtag und sei bin-
 dender Natur. Selbst die Oberrechnungskammer
 würde darauf zu sehen haben, ob die Vorschriften
 des Normal-Etats eingehalten seien bei den ein-
 zelnen Spezial-Etats. Wenn das Komptabilitäts-
 gesetz noch nicht vorgelegt sei, so liege das daran,
 daß die Interessen der Finanzverwaltung mit
 den Wünschen der anderen Ressorts nicht immer
 zu vereinigen seien und daß es nicht ganz leicht
 sei, da eine Uebereinkunft zu bewerkstelligen.
 Aber er hoffe, dieses Gesetz in der nächsten Ses-
 sion vorlegen zu können. Mit den jetzigen An-
 trägen der Budgetkommission sei er einverstanden,
 und er bitte das Haus, sie anzunehmen.

Minister Graf Zedlitz vertritt, gleich
 seinem Kollegen Miquel, daß er sich selbstver-
 ständlich an den Normal-Etat gebunden halte und
 daß er befreit sein werde, ihn in jeder Be-
 ziehung einzuhalten. Damit erledige sich
 hoffentlich das politische Bedenken Rickerts. Auch

sei die Ansicht Rickerts von den anderen ver-
 meintlichen Pauschquanten, die dem Kultusminister
 zur Verfügung stünden, irrig. Jede Ausgabe
 werde von der Oberrechnungskammer auf ihre
 Verfassungsmäßigkeit geprüft. Ueberhaupt be-
 stehe für das Kultusministerium nicht eine be-
 sondere „freie Verfügung“, wie Rickert meine.
 Sein Herr Kollege (Miquel) habe seine Hand in
 Allem, lege sie auf jede kleinste Ausgabe (Weiter-
 leit) und luche überall zu knapsen (Weiterleit),
 so daß die Meinung berechtigter sei und auch ver-
 breitet sei unter den Beteiligten, daß der Kul-
 tusminister, der doch so wichtige ideale Interessen
 zu vertreten habe, in seiner freien Verfügungs-
 fähigkeit eher etwas zu sehr eingeengt sei. Red-
 ner tritt sodann einmündig dem Abg. Schulz-
 Wechsungen geltend gemachten Verlangen nach Ver-
 stärkung aller höheren Lehranstalten entgegen.
 Er gebe zu, daß in früherer Zeit seitens der
 Kommunen vielfach mit Gründung eigener Lehr-
 anstalten zu willkürlich vorgegangen sei. Aber
 andererseits gebe es auch viele Gemeinden, welche
 ihre Schulen in trefflicher Weise leiteten und
 dabei nicht nur einem nobilis officium nachkämen,
 sondern auch eine Pflicht dazu hätten. Und da
 entsetze für den Staat allein die Aufgabe, dafür
 zu sorgen, daß die Lehrer auch angemessen sala-
 riert würden. Demgemäß werde der Staat auch
 bei den Städten, die nur aus Mangel an Mitteln
 den Normal-Etat nicht einhalten können, helfend
 eingreifen müssen.

Abg. Schmeizer (natl.) bemerkt nach Be-
 mangelung einzelner Einzelheiten des Normal-Etats,
 unter den Lehrern habe bisher Mitleidenschaft
 erlitten wegen der Ungewißheit, in der sie sich
 betreffs ihrer Gehaltsansprüche in höheren Lebens-
 altern befanden hätten. Diese Ungewißheit werde
 durch die gegenwärtige Vorlage im Wesentlichen
 beseitigt. Schaffe die Vorlage auch nicht eine
 völlige Gleichstellung der Lehrer mit den Richtern,
 so doch im Großen und Ganzen. In höheren
 Lebensaltern rücken die Lehrer fortan sogar bis
 zu Gehaltsstufen hinauf, bis zu 5400 Mark, wie
 das nicht alle Richter von sich sagen könnten.
 Die Meinung bei den Lehrern sei deswegen völlig
 unklar, sie empfänden Dank und Anerkennung,
 und das habe er dem Minister besonders
 namens seines Provinzial-Lehrerverbandes hier-
 mit aussprechen wollen.

Abg. v. Szarinski (Pole) erklärt, daß
 seine Partei den Aufbesserungen sympathisch ge-
 genüber stehe. Eine Abänderung des Ministers,
 daß die höheren Lehrer nicht zu sehr dem heimat-
 lichen Boden entfremdet werden möchten, möge
 nun auch in Bezug auf die Volksschullehrer An-
 wendung finden. Redner wünscht dann noch
 regelmäßiges Aufsuchen auch der Hilfslehrer im
 Gehalt.

Abg. Sperlich (Ztr.) erklärt, daß er mit
 Rücksicht auf die von der Regierung gestern in
 der Kommission und heute abgegebenen Erklärun-
 gen für die Kommissionsanträge stimmen werde
 und in Folge dessen seine zu Titel 5 und dem
 Normal-Etat gestellten Anträge zurückziehe.

Abg. v. Franke-Wechsungen (nl.) bedauert
 zwar nochmals, daß die Regierung auf Abän-
 derungen des Normal-Etats nicht eingehen wolle,
 wird indessen ebenfalls mit Rücksicht auf die von
 der Regierung abgegebenen Erklärungen für die
 Kommissionsanträge stimmen.

Abg. v. Richter (fr.) erklärt, so dankbar er
 auch für die bindenden Erklärungen beider Her-
 ren Minister sei, so bleibe er doch dabei, daß
 durch diese Erklärungen etwaige Nachfolger der-
 selben in keiner Weise gebunden seien. Sollte
 die Regierung später einmal die heute gegebenen
 Versicherungen gebrochen haben, so gebe es kein
 Mittel, dem abzuhelfen, denn rechtlich bleibt die
 Regierung berechtigt, über das Pauschquantum
 nach ihrem Ermessen zu verfügen, und das allein
 würde für die Ober-Rechnungskammer maßge-
 bend sein. Auch bleibe er dabei, daß in Bezug
 auf Pauschquantum kein Etat so aufgestellt sei
 wie der Kultusetat.

Die Diskussion wird nunmehr geschlossen.
 Unter Ablehnung des Antrages Rickert wer-
 den die Anträge der Kommission mit großer
 Majorität angenommen und von dem national-
 liberalen Antrage Dr. Dürre die Nr. 1, durch
 welche die Staatsregierung aufgefordert wird, die
 mit dem Normal-Etat herbeigeführte Verbesserung
 der Lehrergehälter an den höheren Lehranstalten
 als abgeschlossen nicht zu erachten und gelegentlich
 der allgemeinen Aufbesserung der Beamtenge-
 hälter weiter zu führen.

Es wird hierauf zur Beratung des bis
 nach Erlösung des Normal-Etats zurückgestellten
 Kapitels 117 „Provinzial-Schulkollegien“ Titel 1
 (Besoldungen) zurückgegangen.

Die Abg. Dr. v. Kropatsch (konf.) und
 Schmeizer (natl.) befürworten eine Aufbesserung
 der Gehälter der Provinzialschulräthe.
 Minister Graf Zedlitz erkennt das Wünschens-
 werthe der befürworteten Aufbesserung an,
 verweist indessen dem gegenüber auf die gegen-
 wärtige Finanzlage, wobei er betont, daß es
 immer bisher noch gelungen sei, für die in Rede
 stehenden Stellen geeignete Personen zu finden.

Der Titel 1 wird darauf bewilligt.
 Bei Kapitel 120 Titel 7 „Zu unvorher-
 gesehene und außerordentlichen baulichen Be-
 dürfnissen der staatlichen höheren Unterrichts-
 anstalten“ befürwortet

Abg. v. Hermann den Neubau des Gym-
 nasiums zu Münster.

Gef. Rath v. Bohy erwidert, daß die gegen-
 wärtige Finanzlage die Einstellung der Bau-
 summe in den Etat nicht gestalte.

Es folgt Kapitel 121 „Elementarunterrichts-
 wesen“ (Schullehrer- und Lehrerinnen-Seminare).

Die Budgetkommission beantragt die unver-
 änderte Bewilligung dieses Kapitels und die An-
 nahme folgender Resolution: „Das Haus wolle
 sich mit den von der Regierung vorgeschlagenen
 Besoldungs- und Dienstaltersstufen für Seminar-
 lehrer unter der Voraussetzung einverstanden er-
 klären, daß den Seminarlehrern bei der Einrei-
 fung in die Dienstalters- und Besoldungsstufen
 die Zeit mit angerechnet wird, während welcher
 sie nach Ablegung der zweiten Volksschullehrer-
 prüfung im öffentlichen Schuldienst definitiv an-
 gestellt gewesen sind.“

Abg. v. Richter (konf.) spricht der Re-
 gierung seinen Dank für die vorgeschlagene Auf-
 besserung der Gehälter der Seminar-Direktoren
 aus, welche er für ausreichend erachte, tritt in-
 dessen für eine weitere Erhöhung der Gehälter
 der Seminarlehrer ein, welche er für diese Lehrer-
 klasse nicht für ausreichend erklärt und betont,
 daß die Gehalts-Sekretäre sich eines weit höheren

Gehalts erfreuen. Die Wünsche der Seminar-
 lehrer seien keine übertriebenen und an deren
 Berufstreue und Pflichtgefühl würden strenge An-
 forderungen gestellt.

Gef. Ober-Finanz-Rath Gernar erklärt
 sich gegen diese Wünsche, weil die Mittel dazu
 nicht vorhanden seien, ebenso gegen die von der
 Budgetkommission beantragte Resolution, weil
 sich durchaus nicht übersehen lasse, welcher finan-
 zielle Effekt damit verbunden sein würde. Der
 Kommissar betont dabei, daß noch eine große
 Zahl von Beamtenkategorien unberücksichtigt blei-
 ben müsse.

Abg. v. Böttger (natl.) tritt den Aus-
 führungen des Abg. Gernar durchweg bei und
 bemerkt lebhaft die ablehnende Haltung der
 Staatsregierung gegenüber der von der Budget-
 kommission beantragten Resolution. Redner schil-
 dert die Lage der Seminarlehrer als eine beson-
 ders ungünstige und hält es für dringend not-
 wendig, das Anfangsgehalt dieser Lehrer von
 1800 Mark wenigstens auf 2000 Mark zu er-
 höhen. Für die Einführung von Altersklassen bei
 den Seminarlehrern spreche er der Regierung
 seinen Dank aus.

Abg. Dr. v. Birchow (freis.) bemerkt dem
 Antrage der Kommission gegenüber, daß die ein-
 zige mögliche Form der Einwirkung des Hauses
 auf den Etat nicht durch eine Resolution, sondern
 nur durch eine Annahme zum Etat herbei-
 geführt werden könne. Angesichts der Majoritäts-
 verhältnisse im Hause unterlasse er indessen die
 Stellung eines Antrages. Redner beklagt also-
 dann die Stellung der Kreisfunktionspektoren, be-
 mangelnd die nicht immer passende Auswählung
 derselben und hält eine bessere Ausbildung der-
 selben für geboten. Er tadelt auch das Einträ-
 gen des Konfessionsalismus in dieses Institut.
 Den Seminarlehrern gönne er sehr gern die
 Wohlthat einer Gehaltsaufbesserung, da das Ge-
 halt derselben in der That noch ein sehr gerin-
 ges sei.

Minister Miquel: Wenn man dem An-
 trage der Kommission folge, so würde sich dadurch
 eine Mehrausgabe von 147,000 Mark nach
 dem oberflächlichen Ueberschlage ergeben und
 er frage nun, woher der Kultusminister
 diese 147,000 Mark nehmen solle, wenn
 sie ihm nicht besonders bewilligt werden.

Er bitte deshalb um Ablehnung des Kommissions-
 antrages. Einer Erhöhung des Minimalgehalts
 der Seminarlehrer stehe er durchaus sympathisch
 gegenüber und sei bereit, mit dem Kultusminister
 darüber in Erwägung zu treten, doch bitte er um
 Ablehnung aller nach dieser Richtung hin ge-
 stellten Anträge, weil diese nur dahin führen
 würden, daß die Dienstaltersstufen für Seminar-
 lehrer in diesem Jahre nicht zur Durchführung
 kämen. Abzulehnen bitte er auch einen Antrag
 Sperlich, welcher die Erhöhung des Minimal-
 gehalts der ordentlichen Seminarlehrer beantrage,
 schon aus dem formellen Grunde, weil derselbe
 noch einmal an die Budgetkommission gehen
 müßte und die rechtzeitige Feststellung des Etats
 verzögern würde.

Abg. v. Sperlich (Zentr.) rechtfertigt seinen
 Antrag, dessen Zurückweisung an die Budget-
 kommission er nicht für erforderlich hält, weil
 derselbe der Kommission, wenn auch in etwas
 anderer Form, vorgelegen habe.

Minister Graf Zedlitz befürwortet eben-
 falls die Ablehnung des Sperlich'schen Antrages,
 besonders weil derselbe auch gleichzeitig eine Re-
 duktion der Gehälter der Kreisfunktionspektoren
 verlange. Diese würden überhaupt in dieses Amt
 berufen, wenn sie sich dazu bewilligt haben. Die
 Anforderungen, die an die Kreisfunktionspektoren
 gestellt würden, seien sehr mannigfaltig. Die
 Art der Tätigkeit dieser Beamten rechtfertigte
 eine auskömmliche Bezahlung derselben.

Abg. v. Sperlich (Zentr.) zieht hierauf seinen
 Antrag zurück.

Die Diskussion wird geschlossen, der Titel
 bewilligt, die von der Budgetkommission bean-
 tragte Resolution abgelehnt.

Darauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Montag 11 1/2 Uhr.

Tages-Ordnung: Fortsetzung der heutigen

Beratung.

Schluß nach 4 1/2 Uhr.

Deutschland.

□ Berlin, 12. März. Se. Majestät der
 Kaiser hat im Laufe der heutigen Nachmittags-
 bereits Vorträge entgegengenommen. Um 1 1/2
 Uhr fand im königl. Schloß eine größere Früh-
 stückstafel zu Ehren des Geburtstages des Prin-
 zen Regenten von Bayern statt. Bei derselben war
 der Kaiser durch den Prinzen Friedrich Leopold
 vertreten.

Die Plenarsitzungen des Abgeordnetenhauses
 werden nach einigen Sitzungen ausgesetzt werden,
 damit die Volksschulgesetzkommission ihre Arbeit
 möglichst fördern könne. Die Regierung hält es
 für dringend wünschenswert, daß die Lesung der
 Vorlage in der Kommission noch vor den Oster-
 ferien zum Abschluß gebracht werde.

Die heutige Versammlung der Arbeitslosen
 an welcher sich ca. 3000 Personen beteiligten,
 ist ohne Störung verlaufen. Hauptredner war
 der Regierungs-Beamte a. D. Kessler. Die
 bekannten Resolutionen wurden angenommen.

Köln, 12. März. Die „A. Ztg.“ meldet
 aus Wien: Wie verlautet, bestellte Rumänien
 bei der österreichischen Waffenfabrik 100,000
 Bulgarier 16,000 Gewehre, lieferbar in fünf Mo-
 naten. Die rumänische Regierung übertrug den
 Enskidener Maschinenfabrikanten in der Gifel die Liefe-
 rung von 80,000 Meter Militärrüstung.

Essen, 12. März. Die Mitglieder des
 Bergarbeiterverbandes beschloßen, um die Kohlen-
 ausfuhr nach dem englischen Streikgebiet zu ver-
 hindern, keine Ueberschüsse zu machen.

Hamburg, 12. März. (W. T. V.) Nach
 einem der „Hamburgischen Börsenblätter“ zur Ver-
 fügung gestellten Privattelegramm aus New-York
 vom 11. März erklärte der höchste Gerichtshof den
 Standard Oil-Trust für illegal.

Frankfurt a. M., 12. März. Auch die
 Verunreinigungskanz verwarf heute die Klage des
 Grafen v. Hohenhausen. Somit wird heute Abend
 die erste Aufführung von „Freund Fritz“ im hiesigen
 Opernhaus stattfinden.

Göteborg, 12. März. (W. T. V.) In
 Folge von Schneeeinwirkungen erlitten die Bahn-
 züge Nr. 27, 17 und 13 von Hannover nach
 Berlin mehrstündige Verpätung.

Weimar, 12. März. Durch Schneewehen

sind die Bahnstrecken Weimar-Verka und Weimar-
 Buttstedt gesperrt. Die Züge der Staatsbahn
 haben mehrstündige Verpätung.

Darmstadt, 12. März. (W. T. V.) Amt-
 liches Bulletin. Der Kräftezustand des Groß-
 herzogs hat sich vermindert; ein weiterer Nach-
 laß der Herzthätigkeit ist bis jetzt nicht einge-
 treten.

Dresden, 12. März. Beide Wiener Konten
 sind sicher, die nach Bayern und Breslau-Dresden
 sind offen; sämtliche Magdeburger Anschlüsse
 wurden in Leipzig Vormittags versäumt. Der
 Berlin-Josien-Dresdener Schnellzug ist mit einer
 Stunde Verpätung, ohne den Anschluß nach
 Desterreich zu erreichen, angekommen.

München, 12. März. (W. T. V.) Heute
 Vormittag 11 Uhr fand die feierliche Uebergabe
 des vom Prinz-Regenten für die Feldherrnhalle
 gestifteten Armees-Denkmals statt, welche vom
 Prinz-Regenten mit einer kurzen Ansprache voll-
 zogen wurde. Die am Sockel befindliche Wid-
 mung lautet: „dem treuen, tapferen bayerischen
 Heere in Dankbarkeit und Anerkennung Euitpold
 Regent von Bayern.“ Die Feier trug einen
 rein militärischen Charakter; die Bringen des
 bayerischen Königshauses, die Generalität, die
 Truppen der Garnison, sowie Abordnungen
 sämtlicher bayerischer Truppen und der bayeri-
 schen Veteranen- und Kriegervereine wohnten
 derselben bei. Unter Geschäftsalut und den Klän-
 gen des Präsentarmarsches fiel die Hülle des
 Denkmals. Der Kriegsminister sprach sodann
 im Namen der bayerischen Armee dem Prinz-
 Regenten den Dank aus. Nach beendeter Feier
 fand ein Vorbeimarsch der Truppen beim Luisen-
 park-

